

40
84

Union in Deutschland

Bonn, den 20. Dezember 1984

Bundeskanzler Helmut Kohl:

1985 wird ein gutes Jahr

„Wir haben 1984 großartige Erfolge errungen. Wir haben trotz des langen Streiks und der schwierigen Auseinandersetzungen unter den Tarifpartnern eine Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 2,5 Prozent, gemessen an Null bei meiner Regierungsübernahme.“ Das erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Interview für den Süddeutschen Rundfunk.

„Wir werden, so wie die Dinge sich abzeichnen, im nächsten Jahr ca. 3 Prozent Zuwachsrate beim Bruttosozialprodukt haben. Wir haben einen absoluten Rekord in der Welt bei der Preisstabilität: Die Inflationsrate liegt bei rund 2 Prozent. Wir haben eine gute Chance, diese Rate auch im nächsten Jahr zu halten. Das ist die sozialste Politik, die es überhaupt gibt, denn Preisstabilität nützt den breiten Massen, vor allem denen mit kleinen Einkommen. Eine stabile Mark ist die sozialste Einrichtung, die es überhaupt gibt.“

Auch beim Abbau der Arbeitslosigkeit sieht Bundeskanzler Helmut Kohl gute Tendenzen zu einer Besserung: „Die Arbeitslosigkeit ist nicht über Nacht entstanden. Sie ist nicht über Nacht abzubauen. Wir müssen hier das Menschenmögliche tun. Aber ich sehe für 1985 erstmals die Chance, daß wir weiter-

(Fortsetzung auf Seite 2)

In dieser Ausgabe lesen Sie:

■ **UMWELTSCHUTZ**

1985 — freie Fahrt für das umweltfreundliche Auto Seite 4

■ **PARTEIEN**

Heiner Geißler: SPD versagt gegenüber den Grünen Seite 5

■ **FINANZEN**

Steuersenkung 1986/88 — Ein Gesetz in zwei Stufen Seite 7

■ **BUNDESWEHR**

Vorzeitiger Ruhestand für 1500 Offiziere soll Verwendungsstau abbauen Seite 11

■ **CDU-EXTRA**

Zum SPD-Vorwurf: Ungerechte Sozialpolitik — Eine Argumentationskette gelber Teil

■ **DOKUMENTATION**

Entwicklungspolitische Grundsätze der CDU grüner Teil

An unsere Leser!

Verlag und Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches und erfolgreiches Jahr 1985.

UID 1/85 erscheint am 10. Januar 1985.

(Fortsetzung von Seite 1)

kommen. Die Sachverständigen, die eigentlich in den letzten Jahren immer kluge und zutreffende Ratschläge gegeben haben, haben uns ja ausdrücklich ermutigt, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzumachen.“

Bundeskanzler Helmut Kohl hebt hervor, daß es 1984 gelungen sei, die Zukunftschancen der Jugend erheblich zu verbessern. 735 000 bis 740 000 Lehrstellen seien ein neuer Rekord, für den allen zu danken sei, die dabei mitgeholfen hatten. Ein wichtiges Zeichen für die Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt sei der drastische Abbau der Kurzarbeit.

„Das ist immer die Vorstufe für Neueinstellungen, so daß ich glaube, daß wir zwar von der Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr nicht wegkommen — das dauert länger —, aber daß wir eine reelle Chance haben, die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr spürbar zu vermindern.“

„Es ist wieder Optimismus unterwegs, und Optimismus bringt auch ein Stück Revitalisierung der Kraft unseres Volkes mit sich.“ Dies stellte Bundeskanzler Helmut Kohl auf die Journalistenfrage, ob sich Leistung wieder lohne, fest und fuhr fort: „Die wenigsten von uns — ich schließe mich ausdrücklich ein — hätten es ab 1. Oktober 1982, am Tag meiner Wahl zum Bundeskanzler, bei Nullwachstum, bei einer höheren Inflationsrate, bei einer allgemein depressiven Grundstimmung in unserer Bevölkerung für möglich gehalten, daß wir es wagen können, zwei Jahre später im Bundeskabinett eine Steuerreform mit Steuersenkungen in der Größenordnung von über 20 Mrd. DM zu verabschieden.“

Und deswegen sage ich: Wir haben die Probleme noch keineswegs alle bewältigt, wir sind noch mitten unterwegs.

Aber wir sind unterwegs in eine Zukunft, die wieder mehr Chancen, mehr Optimismus bietet. Und das ist in der Woche vor Weihnachten 1984 eine gute Botschaft.“

Auf die Frage nach der Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen erklärte Bundeskanzler Kohl: „Krieg und Gewalt sind für uns keine Mittel der Politik. Diejenigen, die diesen Satz in ähnlicher Form zum erstenmal formulierten, waren die Vertriebenenverbände in ihrer Stuttgarter Charta zu Beginn der 50er Jahre. Man muß immer wieder daran erinnern.“

Die sowjetische Politik hat ganz andere Absichten, besser gesagt, die sowjetische Propaganda und Politik hat ganz andere Absichten mit diesem Revanchismusgerede. Man versucht, im Rahmen der Warschauer-Pakt-Staaten der dort lebenden Bevölkerung wieder Angst zu suggerieren, wie man vor über einem Jahr auf die Angst in der Bundesrepublik setzte, etwa bei der Stationierungsdebatte. Man hat damals gesagt: Wenn ihr, die Bundesrepublik, die amerikanischen Mittelstreckenraketen stationieren werdet, dann geht ein Raketenzaun herunter — so der sowjetische Ministerpräsident Tichonow —, andere sprachen von einer neuen Eiszeit. All dies ist überhaupt nicht eingetreten.

Im Jahre 1985 werden die Gespräche um Abrüstung und Entspannung zwischen den Weltmächten beginnen mit einer guten Chance, nicht über Nacht, aber in einem geduldigen Ringen, ein wesentliches Stück voranzukommen. Wenn diese Gespräche in einem ernsthaften Entscheidungsraum eingetreten sind, wird auch dieses Revanchismusgerede abflachen oder gar verschwinden. Für uns ist wichtig, daß wir uns von unserem gelasseneren Kurs nicht abbringen lassen.“

Und auch die Gespräche mit der DDR gehen weiter. Dazu Bundeskanzler Helmut Kohl: „Zunächst einmal war ja das letzte

Jahr, besser gesagt das jetzt zu Ende gehende Jahr 1984, trotz der Stationierungsentscheidung im Spätherbst des vergangenen Jahres, ein sehr erfolgreiches Jahr. Wir haben ja intensive Verhandlungen mit der DDR mit guten Ergebnissen gehabt. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß sich auch die DDR in diesen Gesprächen, vor allem nach Abschluß bestimmter Abmachungen, als ein sehr vertragstreuer Partner erwiesen hat; alles das, was wir abgemacht und abgesprochen haben, ist eingetreten.

Die Tatsache, daß wir bis Neujahr knapp 40000 Landsleute bei uns begrüßen konnten, denen die Umsiedlung aus der DDR nach hier durch die DDR-Behörden erlaubt wurde — das ist die absolute Rekordzahl seit dem Bau der Mauer 1961 —, ist ein Beweis für meine These.

Es gibt viele andere Verbesserungen, die unübersehbar sind. Auf der Ebene der staatlichen Verwaltung wird intensiv zusammengearbeitet. Ich denke vor allem an das uns mit Recht gemeinsam bewegende Thema des Umweltschutzes, den Bereich der Verkehrsentwicklung, den Bereich der Post und viele andere mehr. Also von einer Eiszeit keine Spur. Ich bin sicher, wir werden diese Entwicklung im nächsten Jahr fortsetzen können.“

Mut und Optimismus rühren sich wieder in der Bevölkerung. Der ehemalige Bundespräsident, Prof. Karl Carstens, hat erst kürzlich der Bundesregierung in außergewöhnlicher Weise Lob gezollt. Darauf angesprochen erwiderte der Bundeskanzler: „Ich bin kein demoskopiegläubiger Mensch, und im Moment haben wir keine Wahlen. Deswegen sind die guten Wahlprognosen auch nicht so wichtig oder interessant. Für mich ist aber am Jahresende eine andere Antwort aus der Demoskopie von größter Bedeutung: Zum erstenmal seit vielen Jahren sagen über die Häl-

Mit viel Optimismus ins neue Jahr

Die Deutschen schauen wieder zuversichtlich in die Zukunft. 69 Prozent sagen, daß es ihnen „sehr gut“ oder zumindest „gut“ geht. Das ist das überraschende Ergebnis einer Emnid-Umfrage.

● Jeder zweite Deutsche (55%) geht „mit Hoffnung“ ins nächste Jahr. Nur 14% haben „Befürchtungen“, 22% sind skeptisch. 1981 hatte nur jeder dritte (32%) Hoffnungen.

● Fast jeder zweite (47%) glaubt, mit Helmut Kohl als Kanzler läuft der Aufschwung; vor einem Jahr nur jeder dritte (33%).

● Im Januar fanden 58% unsere Außenpolitik in Ordnung. Jetzt sind es 62%. In derselben Zeit stiegen auch die positiven Urteile über die Verteidigungspolitik von 47 auf 55%.

● Wenn der Kanzler direkt (nicht vom Bundestag) gewählt werden könnte, würden 51% für Kohl, aber nur 41% für SPD-Fraktions-Chef Vogel stimmen.

te — sagt die Majorität —, sagen 55 Prozent der Befragten: Wir sehen dem neuen Jahr mit Hoffnung entgegen.

Und das ist, glaube ich, für uns das wichtigste. Wir hatten in den letzten Jahren viel zuviel Pessimismus, viel zuviel Angst vor dem Morgen, viel zuviel Gestreiftsein und wenig Bereitschaft, Erfolge herbeizuführen und sich auch über Erfolge zu freuen, über Erfolge zu sprechen. Es ist deutlich, daß der Wechsel im Klima überall zu spüren ist, nicht zuletzt in unserer Wirtschaft, in den Auftragsbüchern. Das ist für mich eines der besten Ergebnisse des Jahres 1984.“

■ UMWELTSCHUTZ

1985 – freie Fahrt für das umweltfreundliche Auto

Das Europäische Parlament hat am 13. Dezember 1984 beschlossen, das umweltfreundliche Auto und bleifreies Benzin ab 1986 in der Gemeinschaft einzuführen. Mit dem Beschluß des EG-Parlamentes hat es sich als richtig und wegweisend erwiesen, daß die Bundesregierung die Initiative zur Einführung des umweltfreundlichen Autos und bleifreien Benzins ergriffen hat. Mit dem Gesetzentwurf zur Förderung des umweltfreundlichen Autos hat die Bundesregierung Klarheit geschaffen über das, was auf den einzelnen zukommt. Die Bundesrepublik Deutschland hat damit in Europa die Führungsrolle in der Umweltpolitik übernommen.

Zu den Einzelheiten des Gesetzes erklärt der parlamentarische Staatssekretär Häfele: Wer bis spätestens Ende 1986 ein umweltfreundliches Auto kauft, braucht je nach Hubraum für zehn Jahre bei einem Auto bis 1400 cm³ oder für zwei Jahre bei einem Auto über 4500 cm³ keine Kraftfahrzeugsteuer zu zahlen. Im Jahre 1987 vermindert sich die Befreiung auf siebeneinhalb bis eineinhalb Jahre, im Jahre 1988 auf fünf bis dreieinhalb Jahre für Pkw bis 2000 cm³ Hubraum. Schadstoffarme Dieselfahrzeuge erhalten die Hälfte der Förderung für Benziner. Die Steuerbefreiung wird dem jeweiligen Halter des schadstoffarmen Autos gewährt. Beim Verkauf geht sie auf den neuen Halter über.

Herkömmliche Fahrzeuge können weiter unbegrenzt im Verkehr benutzt werden. Für sie werden allerdings die Steuersätze ab 1. Januar 1986 von derzeit 14,40 Mark je 100 cm³ Hubraum auf 16 Mark angehoben. Wer sich noch nach dem 31. Dezember 1985 ein nichtschadstoffarmes Auto kauft, der wird zusätzlich „bestraft“: Für ihn beträgt der Kraftfahrzeugsteuersatz 21,60 Mark je 100 cm³ Hubraum.

Weniger Steuern für bleifreies Benzin

Damit das bleifreie Benzin, das in der Herstellung teurer ist als verbleites Benzin, an den Tankstellen in Zukunft zu etwa gleichem Preis angeboten werden kann, soll ab 1. April 1985 die Mineralölsteuer für verbleites Kraftstoff um zwei Pfennig angehoben, die Mineralölsteuer für bleifreien Kraftstoff um zwei Pfennig je Liter gesenkt werden.

Wer ein neues Auto braucht, soll nicht warten

Es hat also niemand einen Nachteil, wenn er so schnell wie möglich einen neuen, umweltfreundlichen Wagen kauft — nach jetzigem Stand der Technik ein „Katalysator“-Auto. Zu warten lohnt nicht mehr. Im Gegenteil: Jeder, der schon 1985 oder 1986 ein umweltfreundliches Auto kauft, spart bis zu 3000 Mark. Kauft er später, nimmt die Steuerbefreiung ab. Wer ab 1986 noch ein nichtumweltfreundliches Auto anschafft, wird mit einer zusätzlichen „Strafsteuer“ belegt.

Es gibt beim Angebot von bleifreiem Kraftstoff noch Probleme. Der Markt wird sie lösen. Der Autofahrer kann also damit rechnen, daß bis zum Jahresende 1985 eine flächendeckende Versorgung hergestellt ist. Dies soll auch bald in den wichtigsten Urlaubsländern wie Frankreich, Italien und Spanien der Fall sein. Denn unsere Nachbarländer können es sich nicht leisten, auf deutsche Urlauber zu verzichten und sich vom technischen Fortschritt abzupöbeln.

■ PARTEIEN

Heiner Geißler: SPD versagt gegenüber den Grünen

Eine „entschiedenere und vor allem konkretere Auseinandersetzung“ mit den Grünen hat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler angekündigt. In einem „Welt“-Gespräch sagte Geißler, dies sei auch deshalb notwendig, „weil hier die SPD auf breiter Front versagt und die Oppositionspolitik, die geistige Auseinandersetzung, einer elitären Minderheit überläßt“. Dies werde „einmal möglicherweise ein historisches Versagen der SPD genannt werden müssen“.

Ein Teil der Union, räumte Geißler ein, zeige sich „unbeholfen“ im Umgang mit den Grünen oder habe noch „Berührungssängste“. Dies sei völlig unnötig. Zur Zeit erarbeite die CDU-Bundespartei eine „Argumentationsstrategie bis hin zur Kommunalpolitik“. Vielen in der Union mache das „emotionale Element“ in der Agitation der Grünen zu schaffen. „Das ist deswegen wahr, weil die Grünen faschistoid-mythische Rituale auch zum Bestandteil des Stils ihrer Politik gemacht haben. Ich sage nicht, daß die Inhalte faschistisch sind oder faschistoid, obwohl auch totalitäre Elemente inhaltlich zu sehen sind, zum Beispiel der Alleinvertretungsanspruch der Wahrheit, die Ablehnung des Mehrheitsprinzips, die Verschwörungstheorie, die elitäre Moral, Gesetze zu übertreten, wenn dies den eigenen politischen Zielen dient. Das sind auch inhaltliche totalitäre Merkmale.“

Heiner Geißler: „Die Grünen, die sich als Bewegung, nicht als Partei verstehen, äu-

bern und repräsentieren sich in merkwürdigen mythischen Ritualen wie durch Massengesänge, Händchenhalten, Kerzen anzünden. Eine demokratische Partei verzichtet auf solche Rituale, die Grünen kultivieren solche Dinge.“

Deshalb „muß es Aufgabe einer Partei wie der Union sein, nüchtern und ruhig, aber mit Entschiedenheit darauf hinzuweisen — und dies ist auch ein pädagogischer Prozeß —, daß in Deutschland große politische Probleme demokratisch und mit Sachverstand gelöst werden müssen, daß komplexe Probleme differenzierte Antworten erfordern.“

Die Gefahr der Grünen liege darin, so Heiner Geißler, „daß die Grenze zwischen rationaler und irrationaler Bewältigung der Probleme immer mehr zum Irrationalismus, zur Emotion hin verschoben wird.“

Die Grünen betreiben eine Politik auf der Emo-Schiene, und dies ist für eine hochindustrialisierte demokratische Gesellschaft das falsche Rezept“. Der CDU-Generalsekretär: „Ende der Weimarer Republik haben nicht die redlichen Demokraten gewonnen, sondern diejenigen, die durch verführerische oder falsche Ideen Antworten gegeben haben, Pseudoantworten auf das, was ein französischer Philosoph einmal die große Angst genannt hat. Dieser Fehler darf den Demokraten jetzt am Ende dieses Jahrhunderts nicht noch einmal passieren.“

Auf die Frage, ob er mit den Grünen auch nach 1987 im Bundestag rechne, antwortete Heiner Geißler: „Die Grünen sind, für

sich genommen, nicht von großer Bedeutung. Sie bekommen eine enorme Bedeutung dadurch, daß sich die SPD als Transmissionsriemen zur Verfügung stellt. Wenn hier die SPD weiter versagt, wenn ihre Führung nicht die innere Kraft besitzt, sich mit den Sympathisanten einer solchen Politik in den eigenen Reihen energisch auseinanderzusetzen oder wenn sie nicht die Auseinandersetzung mit den Grünen sucht, dann werden die Grünen auch nach 1987 im Parlament sitzen.“

Es sei „Sache der SPD“, so meinte Heiner Geißler, „dem Arbeiter klarzumachen, wie die SPD im Bündnis mit diesen politischen Neandertalern die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland als moderne und humane Industriegesellschaft sichern will“.

Kritisch äußerte sich Heiner Geißler auch zur Berichterstattung weiter Teile des „öffentlich-rechtlichen Medienspektrums“ über die Grünen. „Als eine Abdankung der kritischen journalistischen Verantwortung empfinde ich die fast in der Manier der ewigen Anbetung praktizierte Hofhaltung, in die sich Bereiche der öffentlich-rechtlichen Medien den Grünen gegenüber eingeordnet haben.“

Zur Zusammenarbeit in der jetzigen Regierungskoalition sagte Heiner Geißler, auch aus der Sicht der CDU sei dieses Bündnis über das Jahr 1987 hinaus angelegt.

Er, Heiner Geißler, gehe fest davon aus, daß die FDP 1987 wieder den Sprung in den Bundestag schaffen werde. „Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, daß die FDP es schaffen wird, aber die Koalition darf ihre Grundlagen nicht verlassen.“ Auf den Einwand, daß die ungelöste Führungsfrage bei der FDP die Partei derzeit in einem problematischen Erscheinungsbild belasse, antwortete Heiner Geißler: „Die Führungsfrage ist nicht ungelöst.“ Martin Bangemann sei der voraussichtli-

che Nachfolger Genschers. Die Führungsmannschaft der FDP setze sich aus „erfahrenen und auch am Erfolg dieser Koalition interessierten Persönlichkeiten“ zusammen, wobei er an erster Stelle Wolfgang Mischnick nannte.

Heiner Geißler sagte in dem „Welt“-Gespräch, „ich bin überzeugt, daß wir die Bundestagswahl 1987 gewinnen werden“. Vier Gründe berechtigten ihn zu diesem Optimismus. Die Koalition werde darstellen können, ungeachtet „des einen oder anderen Fehlers, der im Regierungsvollzug gemacht worden ist“, daß sich die Situation grundlegend geändert habe.

Abschließend machte Heiner Geißler vier Aussagen:

— „Der nationalistische Neutralismus, der weite Teile der SPD ergriffen und der Helmut Schmidt letztendlich gestürzt hat, hat sich nicht durchgesetzt. Sondern das Bündnis wurde gefestigt. Dadurch ist der Friede sicherer geworden. Wir haben uns gegen enorme Widerstände durchgesetzt und den Menschen wieder das Gefühl der äußeren und inneren Sicherheit geben können.“

— „Wir sind aus den roten Zahlen herausgekommen und haben Wirtschaftswachstum, Preisstabilität und hohe Exportchancen. Wir haben damit die Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit mit den USA und Japan geschaffen, und insofern sind unsere Arbeitsplätze auch sicherer geworden.“

— „Beim Umweltschutz haben wir das Ruder herumgeworfen, nachdem die vorhergehenden Regierungen geschlafen haben. Innerhalb von zwei Jahren sind die wichtigsten umweltpolitischen Entscheidungen bis hin zum abgasarmen Auto getroffen worden.“

— „Und als vierten Grund für unseren Erfolg 1987 nenne ich die Neubewertung der Familie durch Erziehungsgeld und die Anerkennung von Erziehungsjahren.“

■ FINANZEN

Steuersenkung 1986/88 – Ein Gesetz in zwei Stufen

Am 13. Dezember 1984 hat der Bundesfinanzminister, Gerhard Stoltenberg, den „Entwurf eines Gesetzes zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie — Steuersenkungsgesetz —“ der Presse vorgestellt.

Der Entwurf des Steuersenkungsgesetzes wird nach Verabschiedung durch das Kabinett noch in diesem Jahr dem Gesetzgeber zugeleitet. Der Bundesrat wird ihn in seiner ersten Sitzung im Jahre 1985 — am 8. Februar 1985 — beraten können. Ziel des Bundesfinanzministers ist die Verabschiedung durch den Bundestag und die Verkündung im Gesetzblatt noch vor der Sommerpause, damit sich bis zum Inkrafttreten des Steuersenkungsgesetzes am 1. Januar 1986 die Finanzverwaltung, die Wirtschaft und die steuerberatenden Berufe rechtzeitig auf die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer vorbereiten können.

Nach dem Beschluß der Koalition aus CDU/CSU und FDP sieht das Steuersenkungsgesetz durch

- Erhöhung der Kinderfreibeträge,
- Anhebung des Grundfreibetrags,
- Abflachung des Steuertarifs und
- Anhebung der Ausbildungsfreibeträge

eine Gesamtentlastung der Steuerzahler von mehr als 20 Milliarden DM in zwei Stufen 1986 und 1988 vor.

Ab 1986 werden die Kinderfreibeträge von 432 auf 2484 DM erhöht, werden die Grundfreibeträge 324/648 DM auf dann

4536/9072 DM für Alleinstehende bzw. Verheiratete erhöht, tritt der erste Teil der vorgesehenen Tarifverbesserungen in Kraft.

Damit werden in der ersten Stufe 1986 vorrangig die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen und Familien mit Kindern entlastet. Die Entlastung bei monatlichen Bruttolöhnen von bis zu

- 1800 DM in Steuerklasse I
- 2400 DM in Steuerklasse II/1
- 3800 DM in Steuerklasse III/0
- 4000 DM in Steuerklasse III/2

wird 1986 bereits voll wirksam.

Insgesamt werden in der ersten Stufe 1986 die Steuerzahler bereits um rund 11 Milliarden DM entlastet. Davon entfallen

— rund 80 v.H. (8,6 Milliarden DM) auf Steuerpflichtige mit einem zu versteuernden Einkommen **bis** 50000/100000 DM (Ledige/Verheiratete),

— rund 70 v.H. (7,6 Milliarden DM) auf **Familien mit Kindern**, die lediglich 39 v.H. der Steuerzahler stellen.

Ab 1988 wird in einem **zweiten** Schritt die vorgesehene Tarifverbesserung bei der Lohn- und Einkommensteuer voll wirksam. Die steuerliche Grenzbelastung wird über den gesamten Progressionsbereich deutlich abgesenkt.

Von dem gesamten Entlastungsvolumen von über 20 Milliarden DM entfallen rund 13 Milliarden DM auf die Progressionsabflachung.

Auswirkungen des Steuersenkungsgesetzes

Tarifänderung und Erhöhung der Kinderfreibeträge bewirken, daß

— die Einkommen- und Lohnsteuerzahler im Durchschnitt um 8 v.H. entlastet werden,

— Familien mit Kindern, die gut ein Drittel der 19 Millionen Steuerzahler ausmachen, mehr als die Hälfte der Steuersenkung zu gute kommt,

— Steuerpflichtige in der unteren Proportionalzone einen Entlastungsanteil von 7,8 v.H. erhalten, obwohl sie nur 5,8 v.H. zum Steueraufkommen beitragen,

— mit dem Spitzensatz von 56 v.H. besteuerte Bürger einen Entlastungsanteil von nur 5,3 v.H. erhalten, obwohl sie mit 16,2 v.H. zum Steueraufkommen beitragen,

— die leistungshemmende Grenzbelastung um bis zu 5,5 Prozent-Punkte abgebaut wird, zuzüglich eines weiteren halben Prozent-Punktes je Kind.

Verbesserung des steuerlichen Familienlastenausgleichs

Der steuerliche Familienlastenausgleich läßt sich am besten in einem dualen System (steuerliche Entlastung und staatliche Übertragungen) verwirklichen. Das Einkommensteuerrecht mit seinem pro-

gressiv gestalteten Tarif beruht auf dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Der Unterhalt von Kindern mindert die Leistungsfähigkeit.

Die Bundesregierung tritt dafür ein, daß derjenige, der Unterhaltslasten für Kinder zu tragen hat, weniger Steuern zahlt als der, der bei gleichem Einkommen solche Lasten nicht trägt.

Kinderfreibetrag wird erhöht

Durch die Einführung eines erhöhten Kinderfreibetrags wird eine spürbare Entlastung der Familien mit Kindern bereits ab 1. Januar 1986, zeitgleich mit der ersten Stufe der vorgesehenen Tarifsenkung, ohne größere verwaltungsmäßige Schwierigkeiten erreicht:

Die Bundesregierung schlägt eine einheitliche Anhebung des bisherigen Kinderfreibetrags von 432 DM auf 2484 DM ab 1986 vor. Eltern, die auf Grund ihrer Einkommenslage den erhöhten Kinderfreibetrag nicht oder nicht voll nutzen können, sollen — ebenfalls ab 1986 — einen Zuschlag zum Kindergeld von bis zu 46 DM je Kind und Monat erhalten.

Hierbei wird deutlich, daß sich Kinderfreibetrag und Kindergeld ergänzen. Der Kindergeldzuschlag soll entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip nachrangig gewährt werden.

Entlastungsbeispiele Bruttomonatslohn (allg. LSt-Tabelle)

	Ledig (I)			Verh. 2 Kinder (III/2)		
	LSt. bisher	Entl. 1986	zusätzl. 1988	LSt. bisher	Entl. 1986	zusätzl. 1988
1 800	237,50	6,00	—	124,80	87,30	—
3 000	581,00	16,50	17,00	346,50	75,40	—
4 000	992,40	35,70	49,00	548,00	76,90	—
5 000	1 465,80	54,60	83,20	793,10	84,60	6,20
10 000	4 137,50	126,60	169,10	2 865,10	196,10	155,90
15 000	6 988,40	133,00	172,40	5 456,00	275,00	279,20

Der Kinderfreibetrag soll für Kinder dauernd getrennt lebender oder geschiedener Ehegatten sowie für nichteheliche Kinder grundsätzlich jedem Elternteil zur Hälfte gewährt werden. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erscheint dies unumgänglich, weil einerseits die unterhaltzahlenden Elternteile vom Kinderfreibetrag nicht ausgeschlossen, andererseits aber zusammenlebende Ehegatten mit Kindern nicht benachteiligt werden dürfen.

Die weitere Stärkung des steuerlichen Familienlastenausgleichs bedeutet einen Ausbau des dualen Systems der Kinderentlastung, der mit der Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen 1983 begonnen wurde. Die vorgeschlagene steuerliche Entlastung durch erhöhten Kinderfreibetrag und allgemeine Tarifsenkung eröffnet unseren Familien den Weg, auf dem Arbeit und Leistung wieder mehr lohnen.

Steuerpflichtige und Entlastungsvolumen

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es rund 22,2 Millionen Steuerpflichtige. Davon zahlen rund 19 Millionen Steuern.

Alle Steuerzahler werden durch die Tarifänderung bzw. die Erhöhung der Kinderfreibeträge infolge des Steuersenkungsgesetzes entlastet.

In der „unteren Proportionalzone“ des geltenden Steuertarifs — gleicher Steuersatz von 22 v.H. bis zu Einkommen von 18 000/36 000 — tragen rund 5,6 Millionen Steuerzahler etwa 5,8 v.H. zum Steueraufkommen bei; auf sie entfällt durch das Steuersenkungsgesetz ein Anteil von 7,8 v.H. des Entlastungsvolumens.

Im Bereich der progressiven Besteuerung — Einkommen zwischen 18 000/36 000 und 130 000/260 000 — tragen 13,4 Millionen Steuerpflichtige 78 v.H. zum Steueraufkommen bei; ihr Anteil an der Entlastung beträgt rund 87 v.H.

Den „Spitzensteuersatz“ von 56 Prozent zahlen 158 000 Steuerpflichtige, die 16,2 v.H. zum Steueraufkommen beitragen. Auf sie entfällt ein Entlastungsanteil von 5,3 v.H. ■

Kommunale Steuereinnahmen deutlich gestiegen

Die Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände sind in den ersten neun Monaten 1984 deutlich gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, stiegen sie gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 6,8 Prozent auf 38,2 Milliarden DM. Davon entfielen 18,9 Milliarden DM auf Gewerbesteuer nach Abführung der Gewerbesteuerumlage (plus 8,7 Prozent) und 12,5 Milliarden DM (plus 5,7 Prozent) auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.

Im 3. Quartal nahmen die Kommunen 13,6 Milliarden DM ein, 6,1 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Größter Einnahmeposten war die Gewerbesteuer, von der den Gemeinden nach Abzug der an Bund und Ländern abgeführten Gewerbesteuerumlage von einer Milliarde DM noch 5,8 Milliarden DM (plus 8,8 Prozent) blieben.

Niedersachsens CDU ändert das Wahlrecht

Gegen den Widerstand von SPD, Grünen und FDP hat die CDU im Niedersächsischen Landtag jetzt wichtige Änderungen des Landeswahlrechts und der Kommunalordnung durchgesetzt. Danach wird die Mandatsverteilung künftig — erstmals bei der Landtagswahl im Frühjahr 1986 und dann bei den Kommunalwahlen im Herbst desselben Jahres — wieder nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt vorgenommen, nicht mehr nach dem seit 1977 praktizierten Proportionalverfahren Hare-Niemeyer.

LEHRSTELLEN

Dorothee Wilms: 1984 ein glänzendes Ergebnis erreicht

Das Bundesbildungsministerium hat jetzt die endgültigen Zahlen über die Situation auf dem Lehrstellenmarkt 1984 vorgelegt. Minister Dorothee Wilms kommentiert das Ergebnis. Danach wird deutlich, daß wir ein glänzendes Ergebnis erreichen.

Zum Jahresende werden 95 Prozent aller Jugendlichen versorgt sein. In den ersten Wochen des Jahres 1985 werden es 97 Prozent sein. Das ist angesichts der Nachfragehektik ein Ergebnis, wie es auch unter konjunkturell günstigeren Umständen nur selten erreicht worden ist. Die Zahlen zeigen im einzelnen, daß der Ausbildungsplatzmarkt des Jahres 1984 von zwei Rekordergebnissen gekennzeichnet war:

Das Angebot an Ausbildungsplätzen hat am 30. September eine absolute Höhe mit 728 000 Plätzen erreicht, gegenüber 697 000 im vergangenen Jahr. Die Rekordleistung des Jahres 1983 wurde also noch einmal erheblich übertroffen. In zwei Jahren wurden über 76 000 neue Ausbildungsplätze geschaffen.

Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen erreichte ebenfalls eine Rekordhöhe: 765 000 Jugendliche suchten eine Lehrstelle, gegenüber 725 000 im Jahr zuvor. Von den am Stichtag 30. September unversorgten 58 000 Jugendlichen sind bis zum 30. November bereits 14 000 vermittelt worden. Das zeigt, daß die Bemühungen der Wirtschaft, bis zum Jahresende noch 20 000 zusätzliche Lehrstellen zu schaffen, wie angekündigt realisiert werden.

Auf die Frage „was unternehmen Sie, um die Benachteiligung der Frauen bei der Konkurrenz um die Ausbildungsplätze abzubauen“, antwortete Frau Wilms: „Zunächst einmal ist festzustellen, daß noch nie so viele Mädchen wie in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz erhalten haben. Aber in den letzten Jahren hat sich das weibliche Bildungsverhalten stark verändert. Immer mehr Mädchen streben eine solide Ausbildung an. Die traditionellen Mädchenausbildungen sind dementsprechend überlastet. Ich habe mich deshalb in zahlreichen Gesprächen darum bemüht, die Ausbildungen zum Beispiel im Krankenpflegebereich nachhaltig auszuweiten. Ferner habe ich durch Modellversuche mit den neuen Technologien speziell die Mädchen angesprochen, sie dürfen den technischen Wandel nicht verschlafen.“

Rekordergebnis im Handwerk

Das deutsche Handwerk hat 1984 beim Abschluß neuer Lehrverträge ein Rekordergebnis erzielt. Bis zum Jahresende werden bei den 42 Handwerkskammern in der Bundesrepublik Deutschland 254 000 neue Lehrverträge in die Lehrlingsrollen eingetragen sein. Das sind über 3 000 mehr als im bisherigen Rekordjahr 1983. In der Sendung „Nachgefragt“ von Radio Luxemburg am Sonntag, 16. Dezember 1984, hat Handwerkspräsident Paul Schnitker darauf hingewiesen, daß es immer noch zahlreiche offene Lehrstellen, regional sogar in sogenannten Modeberufen, gibt. Darüber hinaus kündigte er verstärkte Bemühungen des Handwerks an, die gewerblich-technischen Berufe des Handwerks für Mädchen und Abiturienten zu erschließen. Den Mädchen, die heute schon über 150 000 der rund 700 000 in Ausbildung befindlichen Lehrlinge im Handwerk stellen, bestätigte der Handwerkspräsident eine besondere Eignung für die weitaus größte Zahl der 126 Handwerksberufe. Das werde Jahr für Jahr beim praktischen Leistungswettbewerb der Handwerksjugend bestätigt.

■ BUNDESWEHR

Vorzeitiger Ruhestand für 1500 Offiziere soll Verwendungsstau abbauen

Das Bundeskabinett hat am 11. Dezember 1984 dem vom Bundesminister für Verteidigung, Manfred Wörner, vorgelegten Gesetzentwurf zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften zugestimmt. Mit dem Gesetz, das im kommenden Jahr im Parlament beraten werden soll, ist die vorzeitige freiwillige Pensionierung von 1 500 Offizieren bis 1991 vorgesehen.

Würde die bis heute unausgewogene Personalstruktur in der Bundeswehr nicht korrigiert, würde es in absehbarer Zeit zu einer Überalterung der Offiziere des Truppendienstes kommen und damit die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte gefährdet. Dies ist, auf einen einfachen Nenner gebracht, das Kernproblem. Es zeichnete sich seit Jahren ab. Verteidigungsminister Manfred Wörner packte es nach sorgfältigen Untersuchungen an. Jetzt, wenige Wochen nachdem die Bundeswehrplanung für die 90er Jahre vorliegt, verabschiedete das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf, der vorsieht, 1 500 Offizieren die Möglichkeit zu bieten, vorzeitig in Ruhestand zu gehen.

Wie kam es zu diesem Strukturproblem?

Aufbauphase

In der Aufbauphase der Bundeswehr kam es darauf an, den deutschen Verteidigungsbeitrag in kurzer Zeit und in einem erheblichen Umfang zu leisten. Ein Personalfehl in den Jahrgängen 1926—1934 mußte durch verstärkte Übernahme von

Berufsoffizieren aus den folgenden, geburtenstarken Jahrgängen (1935—1944) aufgefangen werden.

Fehl und Überhang von Offizieren

Heute steht dem Fehl von 2 400 Offizieren der Jahrgänge 1924—1934 daher ein Überhang von rund 5 000 Offizieren der Jahrgänge 1935—1944 gegenüber.

Die Auswirkungen

Überalterung

Der Überhang von etwa 5 000 Offizieren der Jahrgänge 1935—1944 blockiert die Offiziere aller Führungsebenen in ihren derzeitigen Verwendungen. So müssen beispielsweise Kompaniechefs zehn bis zwölf Jahre in ihren Verwendungen gehalten werden. Die Leistungsfähigkeit und Funktionstüchtigkeit der Züge, Kompanien und Bataillone leidet.

Führen vom Schreibtisch?

Kompaniechefs, aber auch Kommandanten von Schiffen können nicht vom Schreibtisch aus verwalten. Sie müssen bei Wind und Wetter im Gelände oder auf See führen und motivieren. Dies ist ihre Daueraufgabe. Sie orientiert sich an den Erfordernissen des Verteidigungsfalles. Die Soldaten unserer Wehrpflichtarmee brauchen das Vorbild an Haltung und Pflichterfüllung auch hinsichtlich physischer Leistungsfähigkeit. Dieser aber sind nach allen Erfahrungen Grenzen gesetzt. Die dauernde Belastung der Offiziere in der Truppe wird an folgenden Zahlen deutlich: Der Kommandant eines Schiffes der Bundesmarine ist im Jahresdurchschnitt 120 Tage, in besonderen Fällen so-

gar 150 Tage auf See. Der Chef einer Panzergrenadierkompanie ist an ca. 100 Tagen des Jahres in Übungen auf Truppenübungsplätzen.

Die durchschnittliche Dienstzeitbelastung: 44 Prozent der Soldaten der Bundeswehr leisten bis zu 56 Stunden,

41 Prozent bis zu 68 Stunden und 7 Prozent über 68 Stunden in der Woche Dienst.

Grenzen der Belastbarkeit

Eine unabhängige Untersuchung über die physische und psychische Belastung von Truppenoffizieren auf ausgewählten Dienstposten, die ausschließlich auf die vorhandenen Belastungen des Friedensbetriebes abstellt, hat zu durchschnittlichen Grenzaltern geführt, bis zu denen die Dienstaufgaben ohne Gesundheitsgefährdungen noch voll erfüllt werden können:

Untersuchte Dienstposten	Grenzalter Durchschnitt
U-Boot-Kommandant	35
Kompaniechef	32
Bataillonskommandeur	47

Ohne Gegenmaßnahmen werden aber 1991 45 Prozent der Bataillonskommandeure und 79 Prozent der Kompaniechefs älter sein, als es die noch als vertretbar ermittelten Obergrenzen allgemein vorsehen. Bis zum Jahr 1994 würde der Anteil der über 50jährigen Offiziere auf 42 Prozent steigen. Strukturgerecht wären aber nur 21 Prozent.

Ab 1982 tritt ein Umkehreffekt ein. Die stark überbesetzten Jahrgänge 1935—1944 treten in den Ruhestand. Es entsteht ein Verwendungssog, da die Dienstposten nachbesetzt werden müssen. Unerfahrene Offiziere müßten dann schnell in höchste Verantwortungsebenen aufsteigen, ohne vorher die notwendige Erfahrung in unterschiedlichen Verwendungen gesammelt zu haben. Ein neuer Verwendungsstau wäre die Folge. Erneut würden verhältnismäßig junge Offiziere die

höheren Führungs- und Stabsverwendungen lange blockieren. Wenn die Kampfkraft und Einsatzfähigkeit von heute bis in die 90er Jahre durch Überalterung gefährdet ist, so wird die Lage dann durch Unerfahrenheit der Stäbe und schließlich durch einen erneuten Verwendungsstau belastet sein. Ein solider, kontinuierlicher Aufbau für Führungsverwendungen wird auch auf weitere Zukunft unmöglich. Überdies wäre es wahrscheinlich nicht möglich, aus den halbierten Jahrgangsstärken aufgrund des Geburtenrückganges die Personalabgänge in der erforderlichen Qualität zu ersetzen.

Was wird erreicht?

Bis zu 6 000 Verwendungswechsel

Der für die Einsatzbereitschaft wichtige Verwendungsfluß wird durch die vorgeschlagene Maßnahme wieder in ausreichendem Umfang in Gang gesetzt. Bis zu 6 000 zusätzliche Verwendungswechsel werden durch das Ausscheiden von 1 500 Offizieren zwischen 1986 und 1991 ermöglicht. Das verhindert die drohende Überalterung. Jüngere Offiziere können rechtzeitig in die Verantwortung für Führung und Ausbildung der Truppe gebracht werden. Die Einsatzbereitschaft wird langfristig und dauernd erhöht.

Keine Belastung des Arbeitsmarktes

Die Zuruhesetzungen umfassen die Angehörigen von zehn Altersjahrgängen und verteilen sich über sechs Jahre. Befürchtungen, daß die Ausscheidenden den Arbeitsmarkt überschwemmen könnten, sollten an den Zahlen gemessen werden. Nicht mehr als durchschnittlich 250 Offiziere werden in jedem dieser Jahre (1986—1991) versuchen, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden — vorausgesetzt, jeder hätte die Absicht, auch weiterhin berufstätig zu sein. Diese Zahlen wären aber — bezogen auf die Größenordnung des Arbeitsmarktes — bedeutungslos.

■ NRW

Der rotgrüne Musterfall

Nur einen Tag nach der Absage der Grünen an eine Koalition mit der nordrhein-westfälischen SPD ist es an Rhein und Ruhr zur ersten parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Grünen auf überregionaler Ebene gekommen. Ihre Vertreter wählten in der Landschaftsversammlung Rheinland in Neuss den SPD-Abgeordneten Wilhelm zum neuen Vorsitzenden der zwischen Kommunen, Kreisen und dem Land angesiedelten Selbstverwaltungskörperschaft.

Mit 67 zu 64 Stimmen setzte sich der 35jährige Jurist Wilhelm gegen den von der Mehrheitsfraktion CDU und der FDP unterstützten bisherigen Vorsitzenden Kürten durch, der bereits sein Oberbürgermeisteramt in Düsseldorf durch ein rotgrünes Bündnis verloren hatte.

Zuvor hatten Sozialdemokraten und Grüne eine gemeinsame Politik in der Landschaftsversammlung in Sach- und Personalfragen vereinbart, die jedoch ausdrücklich nicht Koalition genannt wird. Nach diesen Absprachen wird im Landschaftsverband Rheinland eine Stelle zur Gleichstellung von Mann und Frau eingerichtet und ist bereits auf Wunsch der Grünen ein Umweltausschuß eingerichtet worden, in dem sie den Vorsitz haben.

Auch die wichtigste Forderung der Grünen, einem ihrer Vertreter den einzigen Sitz des Landschaftsverbandes im Verband der kommunalen Aktionäre beim RWE zu überlassen, wurde von der SPD erfüllt. Der von den Grünen benannte Delegierte hat in Zukunft Einblick in alle Ge-

schäftsvorgänge des Energieunternehmens, das von den Grünen massiv bekämpft wird.

Zur Wahl in der Landschaftsversammlung Rheinland erklärte der CDU-Oppositionsführer Bernhard Worms, trotz aller verschleiern den Äußerungen von Ministerpräsident Rau habe die SPD in Neuss sichtbar gemacht, was nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen geschehen werde, falls sich die Mehrheit der Wähler nicht für eine CDU/FDP-Koalition entscheide. Die SPD habe in der Landschaftsversammlung erneut bewiesen, daß ihr „Posten offenkundig wichtiger geworden sind als bisherige inhaltliche Positionen“. Die SPD werde damit statt eine Arbeitnehmer- eine Arbeitsverweigererpartei.

SPD: Nicht nur Regierungsfähigkeit, sondern auch Oppositionsfähigkeit verloren

„Auf kaum einem anderen Gebiet wiegen die historischen Versäumnisse sozialdemokratischer Regierungsverantwortung so schwer wie gerade auf dem Bereich des Umweltschutzes...“

In ihrem jetzt im Bundestag behandelten Antrag über ein Sondervermögen ‚Arbeit und Umwelt‘ räumt die Oppositionspartei allerdings wenigstens verschämt ‚Stillstand in der Krise seit 1980‘ auf dem Gebiet des Umweltschutzes ein...“

Die Aktion Sondervermögen ‚Arbeit und Umwelt‘ ist... nicht nur ein Dokument für verlorene Regierungsfähigkeit, sondern auch für verlorene Oppositionsfähigkeit.“

Rolf Dietrich Schwartz, Mitglied der Bonner Redaktion der Frankfurter Rundschau, im „Vorwärts“ vom 8. Dezember 1984

■ STÄDTEBAU

Planen und Bauen soll 1985 unbürokratischer werden

Für den Bundesbauminister ist 1985 ein Jahr, in dem wichtige Entscheidungen getroffen werden, stellt Oscar Schneider, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, fest. So können wir davon ausgehen, daß der im September 1984 vom Bundeskabinett beschlossene Entwurf eines Wohnrechtvereinfachungsgesetzes etwa Mitte des Jahres 1985 Gesetzeskraft erlangt.

Durch dieses Gesetz werden zwei Gesetze, zwei Verordnungen, sechs Regelungsermächtigungen und über fünfzig Einzelbestimmungen aufgehoben. Allein durch den vorgesehenen Wegfall der gesetzlichen Bindungen bei Eigenheimen, für die die öffentlichen Mittel abgelöst sind oder abgelöst werden, können bei den Wohnungsbauförderungsämtern sofort mehr als 500 000 Akten geschlossen werden. Das neue Baugesetzbuch soll das Planen und Bauen erleichtern, den Gemeinden mehr Entscheidungsspielraum geben und die Stellung des Bürgers im Städtebaurecht stärken. Die Grundlagen dafür wurden unmittelbar aus der Praxis heraus gemeinsam mit Experten aus Ländern, kommunalen Spitzenverbänden und Gemeinden erarbeitet. In der Regierungserklärung war lediglich die Vorlage von Leitlinien für dieses Gesetzgebungswerk angekündigt.

Aufgrund der schnellen und intensiven Arbeiten in den vorbereitenden Arbeitsgruppen ist jetzt die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs durch die Bundesregierung schon im Jahr 1985 möglich

geworden. Wir werden voraussichtlich im Frühjahr 1985 einen Referentenentwurf vorlegen, der Ende des Jahres 1985 vom Bundeskabinett verabschiedet und in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden kann. Es bleibt in diesem Zusammenhang zu ergänzen, daß auch der Gesamtkomplex „Entbürokratisierung“ im Jahr 1985 weiterentwickelt wird.

Zu den Schwerpunkten der Wohnungs- und Städtebaupolitik gehören nicht nur die Verbesserung der Rahmenbedingungen für das selbstgenutzte Eigenheim, sondern auch Entscheidungen über die Verbesserung der Wohngeldleistungen und die Aufstockung der Städtebauförderungsmittel. So werden wir die Familienheimförderung verbessern. Das heißt, Familien mit Kindern können ab 1987 für jedes Kind 600 Mark jährlich von der Steuerschuld abziehen. Die steuerliche Grundförderung für Bauherren und Erwerber von selbstgenutztem Wohneigentum soll dahingehend verbessert werden, daß fünf Prozent der Herstellungs- oder Anschaffungskosten bis zu 300 000 Mark steuerlich abgesetzt werden können. Dabei sollen Neubau und Erwerb aus dem Bestand gleichbehandelt und der Nutzungswert des selbstgenutzten Wohneigentums künftig nicht mehr besteuert werden.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1986 an werden wir auch — wie geplant — die Wohngeldleistungen um 700 Millionen Mark verbessern, wovon Bund und Länder jeweils die Hälfte tragen müssen. Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür werden wir 1985 schaffen. Und nicht zuletzt sollen die Festlegungsfristen für Bausparguthaben von zehn auf sieben Jahre zurückgeführt und das Städtebauförderungsprogramm des Bundes für 1985 mit einem Rekordetat von 330 Millionen Mark ausgestattet werden. Stadterneuerung ist die wichtigste Zukunftsaufgabe. Kein anderer öffentlicher Investitionsbereich hat einen höheren Bedarf und gibt der Bauwirtschaft sichere Beschäftigungsmöglichkeiten.

Karlsruhe: Nachrüstungsbeschluß war korrekt

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, daß die Zustimmung der Bundesregierung zur Nato-Nachrüstung rechtens ist, erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts weist alle in die Schranken, die der demokratisch legitimierten Bundesregierung die nötigen Maßnahmen zur Verteidigung und zur Sicherung unserer Freiheit streitig machen wollten. Es hat nicht nur die Klage der Grünen abgewiesen, sondern — indirekt — auch der „Friedensbewegung“ die Grenzen gezeigt; denn ihre Aktionen waren ja vor allem gegen den Nachrüstungsbeschluß der Nato und die damit verbundene Aufstellung von amerikanischen Pershing-II-Raketen gerichtet. Aber auch der SPD sollte der Karlsruher Spruch zu denken geben; denn ihr Parteitags-Veto gegen die von Helmut Schmidt maßgeblich forcierte Nachrüstung erscheint nun in einem neuen, recht diffusen Licht. Das Bundesverfassungsgericht hat die Position der Bundesregierung im Atlantischen Bündnis unterstrichen — nämlich: daß gegenüber der östlichen Bedrohung durch SS-20-Mittelstreckenraketen defensive Gegenmaßnahmen getroffen werden dürfen. ■

NEU im Angebot

Broschüre „Die Grünen“ — Eine Analyse der öko-marxistischen Radikalopposition (auch als CDU-Extra im UId 28/84 erschienen); liegt jetzt als Broschüre vor.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 14,50 DM
Bestell-Nummer: 5604
beim IS-Versandzentrum, 4804 Versmold,
Postfach 1328, Telex 941713 ditor d

Das aktuelle Buch Gründe des Jugendprotestes

Die Jugendprotestbewegung der frühen 80er Jahre nahm der Deutsche Bundestag zum Anlaß, eine Enquete-Kommission einzuberufen, die die Ursachen, Gründe und Hintergründe dieses Protestes zu analysieren hatte. Darüber hinaus sollte die Kommission Vorschläge erarbeiten, wie und auf welche Weise politisches Handeln auf das tiefe Unbehagen gerade vieler junger Menschen in unserer Gesellschaft reagieren könne.

Die vorliegende Arbeit zeichnet die Beratungen dieser Enquete nach und analysiert ihre Ergebnisse unter politikwissenschaftlichen, philosophischen und juristischen Zwischenaspekten. Sie erläutern die Institution einer solchen Kommission und resümiert die Ergebnisse, die freilich in den Zusammenhang einer umfassenderen Analyse von Protestverhalten in hochentwickelten, demokratisch verfaßten Industriegesellschaften gestellt werden. Dabei wird deutlich, welche Größenordnung die Konsensprobleme unserer „zerrissenen“ Gesellschaft mittlerweile erreicht haben und wie viele Kulturen und Subsysteme unsere Gesellschaft heute schon in sich beherbergt und wie sehr politische Probleme längst zu kommunikativen Problemen geworden sind. Nur vor diesem Problemhintergrund lassen sich Chancen und Aufgaben, aber auch Grenzen des politischen Handelns beschreiben, um zu der dringend notwendigen Neudefinition von Politik gelangen zu können.

Die Autoren gehörten dem Sekretariat der Enquete-Kommission an und konnten daher alle einschlägigen Unterlagen ihrer Darstellung zugrunde legen.

Christoph Böhr/Eckhard Busch
Politischer Protest und parlamentarische Bewältigung

Zu den Beratungen und Ergebnissen der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“

1984, 157 S., 19,— DM ISBN 3-7890-1026-X

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Kein Ausweg für Rau

Die vielen Vorleistungen der SPD an die Grünen in den nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden erweisen sich immer deutlicher als nutzlos, je näher die Landtagswahlen heranrücken. Ministerpräsident Rau müssen am Wochenende die Ohren geklungen haben. Wenn er heute nüchtern die Bilanz zieht, wird er keinen Grund zum Optimismus mehr finden.

Johannes Rau und die SPD wissen, daß sie keine Chance mehr haben, eine absolute Mehrheit bei der kommenden Wahl zu erringen. Aber der Ausstieg aus der Kernenergie ist eine Forderung, die allenfalls der linke SPD-Flügel den Grünen erfüllen könnte. Im Ruhrgebiet wissen die Gewerkschafter der IG Bergbau, der IG Chemie und der IG Metall nur zu gut, daß allein eine Kombination der neuen Energie mit dem alten Rohstoff Kohle einen Weg zur Wiedererstarkung des alten industriellen Herzens von Deutschland eröffnen kann.

Die sogenannten „Überlebensforderungen“ der Grünen machen das Überleben von Rau in der Position des Regierungschefs unwahrscheinlich. Und die Hoffnung auf die FDP kann Rau

nun auch endgültig begraben. Es ist nicht allein die klare Aussage des FDP-Landesparteitag vom Wochenende für eine Koalition mit der CDU, die Rau zu denken geben wird. Es ist vor allem die völlig einhellige Unterstützung der Freien Demokraten für ihren Spitzenkandidaten Achim Rohde. Dazu kommt die Tatsache, daß auch die Koalitionsaussage für die Landtagswahl keinerlei ernsthafte Meinungsunterschiede bei der FDP erkennen läßt.

Die Partei ist wieder geschlossen in ihrem Willen und kann in dieser Verfassung nicht mehr als aussichtsloser politischer Faktor abgeschrieben werden, wie das Rau gern in der Öffentlichkeit glauben machen möchte.

Da gibt es nur einen Punkt, in dem Johannes Rau und der linke SPD-Flügel ganz genauso denken, wie die Delegierten des Landesparteitags der Grünen in Bergheim-Niederaußem: in der Ablehnung von Kabelanschlüssen und privaten Fernsehprogrammen. Die Selbstherrlichkeit beider Parteien, die eine größere Informationsfreiheit für ihre Wähler offensichtlich gleichermaßen scheuen, hat in ihrer Verbissenheit mit demokratischer Grundhaltung nur noch wenig zu tun. Das macht diese Politiker und Basis-Fundamentalisten bei der kommenden Wahl sicher auch nicht sympathischer.

Kölnische Rundschau, 17. 12. 1984

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID